

1 Einleitung

Die vorliegende, empirisch basierte Studie untersucht den Einfluss politischer Einstellungen auf Migrationsentscheidungen zwischen Nordrhein-Westfalen und der Türkei. Dabei geht es sowohl um (jüngere) Türkeistämmige der Nachfolgegenerationen in NRW, die in die Türkei übersiedeln (wollen), als auch um (zurück) nach NRW migrierende Menschen mit türkischen Wurzeln.

Die politischen Entwicklungen in der Türkei, aber in der Folge auch die bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und der Türkei, waren im vergangenen Jahrzehnt durch zumeist negative Dynamiken geprägt. Diese gründeten in der zunehmenden Autokratisierung der Türkei, die nicht zuletzt in der Reaktion auf die Gezi-Proteste 2013 deutlich wurde und einen Höhepunkt in der Einführung des Präsidialsystems 2018 fand. Störungen der bilateralen Beziehungen wurden insbesondere an der Reaktion der Türkei auf die „Armenien-Resolution“ des Deutschen Bundestags 2016 deutlich, aber auch Wahlkampfaktivitäten des türkischen Staatschefs Erdoğan und seiner AKP vor dem Hintergrund der Ausweitung der Möglichkeit zur Wahlteilnahme für Türk*innen im Ausland führten nicht nur zur Belastung der zwischenstaatlichen Beziehungen, sondern auch des gesellschaftlichen Klimas im Einwanderungsland Deutschland. Letzteres gilt ebenso für den Eintritt der Türkei in den Syrienkrieg 2019, der Belastungen im Zusammenleben von Türk*innen und Kurd*innen in NRW zur Folge hatte.

Zugleich stellte sich wiederholt die Frage nach Fremdenfeindlichkeit und Rassismus in Deutschland, so 2010 mit der Veröffentlichung des Buchs „Deutschland schafft sich ab“ von Thilo Sarrazin, ab 2011 anlässlich der NSU-Morde und ihrer Aufarbeitung, im Zuge der Diskussion um Einwanderung und Integration nach dem „Sommer der Migration“ 2015 und mit dem darauf folgenden Erstarken von Pegida und der AfD. Dabei ist anzunehmen, dass Wechselwirkungen zwischen der Wahrnehmung von Benachteiligung in Deutschland und dem Zuspruch zu Erdoğan und seiner Inszenierung als „Anwalt der Türk*innen“ möglicherweise anfällig für populistische Versprechungen und türkisch-nationalistische Identitätsstiftung machen.

Angesichts von rund drei Millionen Menschen in Deutschland mit Wurzeln in der Türkei, davon rund eine Million in NRW, die Hälfte davon

mit deutscher Staatsangehörigkeit, sind die Auswirkungen der skizzierten Entwicklungen potenziell groß, und dies gilt nicht nur für die soziale Integration und die politische Partizipation in Deutschland, sondern auch für mögliche Effekte auf die zwischenstaatliche Migration Türkeistämmiger.

Die Migrationsforschung sieht zuvorderst wirtschaftliche Wanderungsmotive als bedeutsam für das Verständnis von grenzüberschreitender Migration, die im Zusammenhang mit Push- und Pull-Faktoren in Herkunfts- und Ankunftsändern wirksam werden. Politischen Motiven kommt in der Forschung eine eher untergeordnete Rolle zu, abgesehen von politischer Verfolgung und Flucht – was aber nicht Gegenstand der vorliegenden Studie ist, die politische Wanderungsmotive unterhalb der Schwelle der politischen Verfolgung zum Gegenstand hat.¹

Soweit politische Wanderungsmotive jenseits von Flucht und Asyl angesprochen sind, hat die Forschung bisher insbesondere die Erfahrung von Ungleichbehandlung und Diskriminierung als relevant erkannt (siehe Kapitel 3 zum Forschungsstand). Dass aber auch darüber hinaus (gesellschafts)politische Migrationsmotive im grenzüberschreitenden Raum Deutschland-Türkei bedeutsam sind, folgt aus der besonderen Qualität der zwischenstaatlichen Beziehungen ebenso wie aus den transnationalen Kontakten zwischen beiden Ländern: Die zahlreichen Türk*innen ziehen als potenzielle Wähler*innen politische Aktivitäten türkischer Parteien in Deutschland an; dies führt zu einer besonderen Sensibilität deutscher Politik und Öffentlichkeit für Entwicklungen in der Türkei und für Aktivitäten autoritärer türkischer Kräfte in Deutschland; grenzüberschreitend tätige gesellschaftliche Organisationen, etwa mit kurdischer Identität, formulieren politische Interessen; die Integrationssituation in Deutschland und (vermeintliche) Benachteiligung Türkeistämmiger wird durch die türkische Regierung thematisiert. Dies alles geschieht unter beträchtlicher (massen)medialer Aufmerksamkeit, die damit zu tun haben sollte, dass sich Deutsche und Türkeistämmige bzw. Deutschland und die Türkei faktisch sehr nahestehen, aber zugleich große kulturelle Distanz empfunden wird. Das Diskriminierungsempfinden und das Zugehörigkeitsgefühl der Türkeistämmigen zu Deutschland werden, so zeigen die Ergebnisse der regelmäßigen Mehrthemenbefragungen der türkeistämmigen Bevölkerung in NRW des Zentrums für Türkeistudien und Integrationsforschung

1 An dieser Stelle sei lediglich darauf hingewiesen, dass sich in jüngerer Zeit eine Debatte darüber entwickelt hat, inwiefern Flucht und andere Migrationsformen in gemeinsame Erklärungsmodelle für Wanderungsentscheidungen integrierbar sind (siehe zu dieser Diskussion Crawley/Skleparis 2018).

(ZfTI) im Zeitvergleich, von den Konjunkturen im deutsch-türkischen Verhältnis und von Integrationsdebatten deutlich beeinflusst, und es ist davon auszugehen, dass dieser Umstand auch für Wanderungspläne nicht folgenlos ist (vgl. Sauer 2020, S. 33-40). Damit stellt sich die Frage, ob das bemerkenswert hohe Maß an Politisierung, das das deutsch-türkische Verhältnis kennzeichnet, sich nicht auch auf das Migrationsgeschehen zwischen beiden Ländern auswirkt, aufgrund von Unzufriedenheit mit den gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen in Deutschland und der Türkei.

Speziell in Kombination mit anderen Motiven und angesichts der Möglichkeiten zwischenstaatlicher Migration können solche politischen Beweggründe zum Tragen kommen: Für viele Menschen türkischer Abstammung besteht, unabhängig von der Staatsangehörigkeit, die praktisch uneingeschränkte Möglichkeit, sich in der Türkei niederzulassen. Die positive Wirtschaftsentwicklung in der Türkei in den ersten Jahren des Erdoğan-Regimes bis zur Mitte des vergangenen Jahrzehnts kann ein Anreiz gewesen sein, in die Türkei überzusiedeln. Aufgrund von Familiennachzug, Studium, unternehmerischer Tätigkeit oder Fachkräftemigration bestehen für türkische Staatsbürger zwar keine uneingeschränkten, aber doch umfangreiche Zuwanderungsmöglichkeiten nach Deutschland.

In der deutschen Debatte ist dabei die Auswanderung speziell hochqualifizierter junger Türkeistämmiger als problematisch konnotiert und wird tendenziell als Zeichen des Versagens von Integrationspolitik oder als Rassismusfolge interpretiert, weniger als Selbstverständlichkeit in einer sich immer weiter transnationalisierenden Welt.

Eine Migration aus Motiven politischer Unzufriedenheit wirft Fragen nach den politischen Einstellungen der Wandernden auf. Für in Deutschland geborene Türkeistämmige, die ungeachtet fehlender eigener tiefergehender Erfahrungen mit dem Land der Eltern und Großeltern den Schritt dorthin wagen wollen, scheinen die politischen Zustände in der Türkei, die wiederum Abwanderungsmotiv für Türk*innen ins Ausland sind, nicht von wesentlicher Bedeutung zu sein. Dies kann in fehlender politischer Reflektion ohne kritische Auseinandersetzung mit den herrschenden Verhältnissen in der Türkei, ausbleibenden bzw. sehr subjektiven Vergleichen der politischen Systeme zwischen beiden Ländern, aber auch in einer tatsächlichen ideologischen Nähe zum Staatssystem und zur Staatsführung begründet sein. Wir gehen davon aus, dass hier – sollten sich politische Migrationsmotive in größerem Umfang zeigen – ein gesellschaftliches Desintegrationspotenzial liegt, dem dann auch politisch entgegengewirkt werden müsste.

Die vorliegende Studie kombiniert quantitative und qualitative Methoden. Unter Verwendung von in der Mehrthemenbefragung des ZfTI 2019 unter erwachsenen Türkeistämmigen in NRW standardisiert erhobenen Daten zur Wanderungsabsicht, zur heimatlichen Verbundenheit und Zugehörigkeit, zur politischen Partizipation und zum politischen Interesse sowie zur Sozialintegrationsbilanz soll die Bedeutung politischer Motive für eine Abwanderung in die Türkei herausgearbeitet werden. Um auch schon in die Türkei Abgewanderte und wieder nach NRW Zurückgekehrte in die Betrachtung einzubeziehen, aber auch, um die Befunde der Mehrthemenbefragung zu vertiefen und Sinnzusammenhänge hinter statistischen Korrelationen aufzuzeigen, wurden zusätzlich 14 leitfadengestützte Interviews durchgeführt, mit Auswanderungswilligen aus NRW, bereits in die Türkei Gewanderten sowie wieder aus der Türkei nach NRW Zurückgekehrten und erstmalig aus der Türkei nach NRW Gewanderten.

Die Studie mündet in Empfehlungen für die Integrations- und Migrationspolitik, um die gesellschaftliche Integration der jüngeren Türkeistämmigen, aber auch der neu oder wieder einwandernden Türk*innen zu verbessern. Dabei geht es auch um die Steigerung der Identifikation mit dem demokratischen System und liberalen Werten in Deutschland ebenso wie um die Vermittlung von Anerkennung und die Schaffung von Chancengerechtigkeit und Zukunftsperspektiven.

Jenseits dieser integrationspolitisch bedeutsamen Themen wirft die Studie aber zugleich die Frage nach der Tragfähigkeit des nationalstaatlichen Paradigmas von Ein- und Auswanderung in Zeiten der Entstehung transnationaler Räume auf, die eindeutige Verortungen aufgrund von Reisemöglichkeiten und Digitalisierung relativieren. Hier geht es darum, inwiefern Migration und grenzüberschreitende Orientierungen nicht als Normalfall zu verstehen sind und inwiefern Wanderung noch als Ergebnis eines Vergleichs von Lebenschancen am einen *oder* am anderen Ort gedeutet werden kann.

Die Durchführung und Veröffentlichung der vorliegenden Studie wurde durch das Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen (MKFFI NRW) gefördert.